

Stand: 11.02.2026 22:24:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5024

"Wirtschaftliche Zukunft von Bayern und Deutschland sichern - Deindustrialisierung stoppen und Standortattraktivität stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5024 vom 19.02.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5071 vom 19.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Wirtschaftliche Zukunft von Bayern und Deutschland sichern – Deindustrialisierung stoppen und Standortattraktivität stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Energieversorgung durch den Wiedereinstieg in die Kernkraft, die Fortführung der Kohle- und Erdgasnutzung sowie die sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen und die Wiederaufnahme günstiger Erdgasimporte wieder grundlastfähig und kostengünstig gestaltet wird.
- Deutschland aus dem Emissionshandelssystem der EU aussteigt, die CO₂-Abgabe abgeschafft und Strom- und Energiesteuern drastisch gesenkt werden.
- schädliche bürokratische Vorschriften wie das Lieferkettengesetz, das Klimaschutzgesetz des Bundes, die CSRD-Richtlinie, das Energieeffizienzgesetz, das Wärmeplanungsgesetz, das Gebäudeenergiegesetz und das Hinweisgeberschutzgesetz abgeschafft werden.
- eine umfassende Steuerreform eingeführt wird, die Einkommens-, Gewerbe-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer durch eine einheitliche Ertragsteuer von maximal 25 Prozent ersetzt, das Familiensplitting eingeführt, der Einkommenssteuerfreibetrag für Erwachsene auf 15.000 Euro im Jahr und für Kinder auf 12.000 Euro im Jahr erhöht wird.
- ein kontrolliertes Einwanderungssystem etabliert wird, das gezielt hochqualifizierte integrationswillige Fachkräfte anzieht, während die Masseneinwanderung in die Sozialsysteme drastisch begrenzt wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dass in Bayern

- der Rückbau der bayerischen Kernkraftwerke gestoppt und der Bau grundlastfähiger Kraftwerke wie Kernkraft-, Gas-, Biogas-, Geothermie- und Wasserkraftanlagen erleichtert sowie gefördert wird.
- die Solardachpflicht und das Bayerische Klimaschutzgesetz abgeschafft sowie jegliche Rückforderung der Coronahilfen eingestellt wird.
- Steuerentlastungen durch Sonderwirtschaftszonen, die Befreiung von der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte (Gewerbe-)Immobilie und die Senkung des Erbschafts- und Schenkungssteuersatzes auf null eingeführt werden.
- das „Kimm Hoam“-Programm für abgewanderte bayerische Fachkräfte gestartet und eine Übernahme der Führerscheinkosten für Auszubildende umgesetzt wird.
- der Staatsapparat durch eine Reduzierung der Anzahl der Beamten und Angestellten im „Kernhaushalt“ des Freistaates um 25 Prozent verkleinert wird.

- das bayerische Bildungssystem durch eine Erhöhung des MINT-Fächeranteils auf durchschnittlich 40 Prozent reformiert wird, um die benötigten Fachkräfte effektiv auszubilden.
- die Einführung von Künstlicher Intelligenz und Robotisierung in der öffentlichen Verwaltung forciert und in der Privatwirtschaft gefördert wird, um den Fachkräftemangel durch technologische Fortschritte zu kompensieren.

Begründung:

Bayern und Deutschland befinden sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein beispielloser Deindustrialisierungsprozess ist im Gange, der Produktionsindex liegt mehr als ein Viertel unter dem Vorkrisentrend. Laut der IHK plant jeder zweite Großkonzern und jedes dritte Industrieunternehmen die Abwanderung ins Ausland. Traditionsreiche Familienunternehmen, die teilweise seit der Kaiserzeit bestanden und zwei Weltkriege überlebt haben, gehen nun reihenweise Bankrott. Allein in Bayern stehen seit Anfang des Jahres 2022 bis Januar 2025 über 42 000 Industrie-arbeitsplätze vor dem Aus, während die Reallöhne seit 2019 um 4 Prozent gesunken und die Erzeugerpreise um über ein Drittel gestiegen sind.

Die CSU/CDU, die FREIEN WÄHLER und die ehemalige Ampel haben durch ihre grüne wirtschaftsfeindliche Politik maßgeblich zur aktuellen Deindustrialisierung Bayerns beigetragen. Die Energiewende, die unter Führung der Union mit dem beschlossenen Kernkraftausstieg und der Einführung der CO₂-Abgabe vorangetrieben wurde, hat Energiepreise in die Höhe schnellen lassen. Gleichzeitig verhinderten die FREIEN WÄHLER den Erhalt der Kernkraftwerke nicht, wodurch Bayern von einem Stromexporteur zu einem Stromimporteur degradiert wurde – mit einer Versorgungslücke von 3 Gigawatt. Die Ampel verschärft die Energiekrise mit einem Heizungsverbot, den Russland-Sanktionen und der Abwicklung der Gasversorgung, wodurch energieintensive Industrien aus Bayern abwandern. Ohne kostengünstige und zuverlässige Energie drohen Bayern und Deutschland ihre industrielle Basis endgültig zu verlieren, da Industrienationen von einer stabilen und günstigen Energieversorgung abhängen.

Zusätzlich zu den Energieproblemen hat eine unverhältnismäßig hohe Steuer- und Abgabenlast die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Bayerns massiv geschwächt. Die Steuerquote von fast 40 Prozent und die Lohnstückkosten, die deutlich über denjenigen der USA oder Chinas liegen, machen den Standort unattraktiv für Unternehmen und Investoren. Verschärft wird diese Problematik durch eine Flut bürokratischer Auflagen, die von der CSU und der Ampel gleichermaßen verantwortet werden. Das Lieferkettengesetz, das Klimaschutzgesetz und zahlreiche weitere Nachweispflichten haben eine regelrechte Bürokratiekrise geschaffen, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen paralyisiert. Zeitgleich dazu verschärfen der Bildungsverfall mit abstürzenden PISA-Ergebnissen und das fehlgeleitete unkontrollierte Masseneinwanderungsregime den Fachkräftemangel, da weder kaum wirklich qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen noch die Abwanderung hochqualifizierter Deutscher gestoppt wird. Dieses Versagen auf allen politischen Ebenen trägt die Hauptverantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang unseres Wirtschaftsstandorts.

Der Versuch, die grüne Wirtschaftskrise durch immer höhere (Transformations-)Subventionen auf Steuerzahlerkosten zu „brandlöschen“, ist keine nachhaltige Lösung, sondern verschärft die Probleme nur. Erstens erfordert deren Finanzierung die weitere steuerliche Mehrbelastung der jetzigen und künftigen Leistungsträger, die dadurch gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben und ins Ausland abzuwandern. Zweitens schaffen solche Subventionen eine gefährliche Abhängigkeit von staatlicher Förderung, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erheblich schwächt und langfristig zur Unfähigkeit führt, auf dem internationalen Markt zu bestehen. Drittens begünstigt diese Praxis eine weitere Ausweitung des Staatsapparates, was die bürokratische Last weiter erhöht und zusätzliche Ressourcen bindet.

Eine freiheitliche Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik ist daher dringend erforderlich. Die Abkehr von der gegenwärtigen grünen Deindustrialisierungspolitik, die zunehmend

von Klimareligion und Dekarbonisierungsfanatismus geprägt ist, muss erfolgen. Stattdessen muss die Rückkehr zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und einer wiederhergestellten, freiheitlichen attraktiven Standortpolitik durch konsequente Maßnahmen in vier entscheidenden Bereichen stattfinden: günstige und grundlastfähige Energieversorgung, drastische Steuersenkungen, die radikale Abschaffung von Bürokratiemonstern und die Sicherung von Fachkräften aus eigener Kraft. Als Vorbilder für solch eine freiheitliche Kehrtwende in Bayern und Deutschland können rechts-populäre Reformer wie Javier Milei, Donald Trump und Elon Musk dienen, deren Ansätze zur Entlastung der Wirtschaft und zur Entschlackung des Staatsapparates wegweisend sind.

Die notwendigen Steuersenkungen und Einnahmeausfälle können durch Einsparungen in den Haushalten von Bund und Freistaat gedeckt werden. Die AfD-Fraktionen schlagen Einsparungspotenziale von 100 bis 135 Mrd. Euro pro Jahr auf Bundesebene und 3,5 Mrd. Euro pro Jahr auf Landesebene vor, insbesondere bei Energiewende, Klimaschutz, Asyl und Entwicklungshilfe.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/5024

**Wirtschaftliche Zukunft von Bayern und Deutschland sichern –
Deindustrialisierung stoppen und Standortattraktivität stärken**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Holger Gießhammer

Abg. Oskar Lipp

Abg. Julian Preidl

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Staatssekretär Martin Schöffel

Abg. Andreas Birzele

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion (SPD)

Kraftvoller Wachstumsimpuls für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Made-in-Germany-Bonus, Deutschlandfonds und Steuerentlastung für die arbeitende Mitte (Drs. 19/5001)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Wirtschaftliche Zukunft von Bayern und Deutschland sichern -

Deindustrialisierung stoppen und Standortattraktivität stärken (Drs. 19/5024)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Holger Gießhammer das Wort. Herr Fraktionsvorsitzender, bitte.

Holger Gießhammer (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die deutsche Wirtschaft braucht neue Impulse. Die Transformation zur Klimaneutralität, der Ausbau der Digitalisierung und der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine bringen große Herausforderungen mit sich. Deshalb sind neue Wachstumsimpulse erforderlich, um die private Nachfrage anzukurbeln und zugleich Investitionsanreize für Unternehmen zu setzen.

Wir als SPD setzen uns für eine umfassende Reform der Einkommensteuer ein, die 95 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet.

(Beifall bei der SPD)

Davon profitieren die hart arbeitenden Menschen in unserem Land. Sie können mehr von dem behalten, was sie selbst erarbeitet haben. Auf diese Weise bleibt am Ende des Monats auch mehr Geld im Portemonnaie. Ob für den alleinerziehenden Vater, die Pflegefachfrau, die Ingenieurin oder den Kassierer, für die SPD ist klar, wir wollen die

arbeitenden Menschen in der Mitte der Gesellschaft steuerlich entlasten, damit sich ihre Arbeit wieder mehr lohnt als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Schritt kommt allen gesellschaftlichen Gruppen zugute, und die wahren Leistungsträgerinnen und Leistungsträger im Land profitieren sofort davon. Die Mehreinnahmen stärken die Kaufanreize im Land oder können für die Altersvorsorge angespart werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unseren Vorschlägen unterscheiden wir uns deutlich von denen der Union und von denen der AfD ohnehin. Ihre Steuervorschläge sind in Wirklichkeit Steuergeschenke für die Millionäre und Milliardäre im Land.

(Markus Saller (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

Die Hälfte der Steuersenkungen würden die einkommensstärksten 10 % der Bevölkerung betreffen. Einige unabhängige Institute urteilen über Ihre Steuerkonzepte, dass Ihre Steuerpläne vor allem hohe Einkommen entlasten würden und Ihr Wahlprogramm überdimensional Millionenlöcher in die Haushalte reißen würde.

(Martin Wagle (CSU): Was trägst du denn vor?)

Die Lohnsteuerhilfe Bayern ist davon überzeugt, nur ein gigantisches Wirtschaftswunder könnte das Geld in die Kassen spülen, das durch das Konzept fehlen würde.

Meine Damen und Herren, dies erscheint aufgrund der aktuellen Prognose vollkommen unrealistisch. Was wir brauchen, ist nicht das Warten auf ein Wunder, sondern solide Politik für die Menschen in unserem Land, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion steht für die Bayern-Milliarde mit den Investitionen in das Automobil der Zukunft. Erst in dieser Woche hat der Vorstandsvorsitzende von ZF erneut den Ausbau und die Investition in die Ladeinfrastruktur gefordert. Wir stehen aber auch für den Made-in-Germany-Bonus. Damit setzen wir auf eine einfache Prämie für Unternehmen, die in Deutschland in Maschinen und Geräte investieren. Sie bekommen unbürokratisch 10 % der Investitionssumme über die Steuererstattung zurück. Damit sorgen wir für neues Wachstum, das Arbeitsplätze hier in Deutschland sichert. Der Bonus setzt unmittelbare Investitionsanreize anstelle von komplizierten Förderverfahren. Unternehmen erhalten Planungssicherheit, und Bürokratie wird reduziert. So sieht eine moderne, zukunftsorientierte Investitionsförderung Made in Germany aus.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus ist eine immense Kraftanstrengung erforderlich, um die Herausforderungen für Gesellschaft und Wirtschaft zu meistern. Die Stärkung unserer inneren Sicherheit, der Umbau der Energieversorgung und die Ermöglichung von bezahlbarem Wohnen erfordern massive Investitionen in die Infrastruktur in unserem Land. Dafür werden wir einen Deutschlandfonds einrichten. Der Staat wird 100 Milliarden Euro als Startkapital für die Zukunft in die Hand nehmen: für mehr Investitionen in Strom- und Wärmenetze, in Ladesäulen und in den bayerischen Wohnungsbau.

Zugleich soll privates Kapital aktiviert werden. Das stellt die Zukunftsinvestitionen auf eine breite Basis. Für uns Sozialdemokraten ist eines klar: Eine Privatisierung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen unseren Kindern und Enkelkindern keinen riesigen Schuldenberg hinterlassen; aber es geht auch nicht, der künftigen Generation marode Brücken, sanierungsbedürftige Schulen und kaputte Straßen zu vererben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, notwendige Ausgaben in die Verteidigung dürfen nicht gegen sichere Renten ausgespielt werden und ein funktionierendes Stromnetz nicht gegen gute Bildung.

Der Staat kann es sich angesichts der enormen Herausforderungen nicht leisten, unser Land kaputtzusparen. Deshalb brauchen wir eine Reform der Schuldenbremse, um dringend notwendige Investitionen und fiskalpolitische Stabilität zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen sind groß. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Deutschland steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Sowohl Unternehmen als auch Fachkräfte verlassen exodusartig unser Land. Noch mehr Staat, noch mehr Umverteilung und noch mehr Zentralplanung sind keine Lösung der Krise, liebe SPD. Ihre drei Forderungen passen in Ihr sozialistisches Denkmuster. Ihre geplante Steuerreform ist in Wahrheit eine Steuererhöhungsreform. Dadurch verlassen noch mehr Fachkräfte und noch mehr Unternehmen unser Land.

Die Förderung von Made-in-Germany ist ein durchaus diskutabler Vorschlag. Dazu hätte ich etwas im Ausschuss erwartet; denn vier Tage vor der Bundestagswahl schnell eine Nebelkerze zu werfen, ist doch ein bisschen schwach. Ein Infrastrukturfonds, wie Sie fordern, ist grundsätzlich auch überlegenswert. Ein weiterer Schatten-

haushalt, der die gescheiterte Energiewende noch weiter am Leben halten wird, ist dagegen zum Scheitern verurteilt.

Was die deutsche Wirtschaft heute wirklich braucht, ist nicht mehr Staat, sondern wieder mehr Freiheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Mehr Unternehmertum und mehr Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Kräfte bringen unser Land voran; aber Ihre Ampel-Politik in Berlin hinterlässt eine Blutspur, auch in der Wirtschaftspolitik. Die EU-Sanktionen haben sich als wirtschaftlicher Bumerang erwiesen. Während Russland seine Energieexporte in Asien bestens verkauft, zahlen unsere Verbraucher und Unternehmen in Deutschland den Preis für diese gescheiterte Sanktionspolitik. Nur die AfD hat von Anfang an die deutschlandfeindlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland abgelehnt. Die Folgen sind dramatisch. Die Energiepreise sind seitdem explodiert. Laut IHK planen jeder zweite Großkonzern und jedes dritte Industrieunternehmen in Deutschland die Abwanderung ins Ausland. Bayern, einst Stromexporteur, ist heute ein Stromimporteur. Diese katastrophalen Fehlentscheidungen sind keine Unfälle. Sie entspringen einer gezielten ideologischen Agenda, mit der man von Brüssel aus den ganzen europäischen Wirtschaftsraum beschädigt hat. Die internationale Konkurrenz handelt zukunftsorientiert. Sie von den Altparteien führen dagegen einen Umerziehungskampf gegen das eigene Volk.

(Beifall bei der AfD)

J.D. Vance hat Ihnen dazu bereits einiges erzählt. Wir brauchen jetzt einen strategischen Kurswechsel:

Erstens. Wir brauchen die sofortige Aufhebung aller Russlandsanktionen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die USA mit ihren schnellen Verhandlungen uns hier einen wichtigen Wirtschaftsmarkt wegnehmen.

Zweitens. Wir brauchen die Reparatur der Nord-Stream-Pipelines und ihre Wiederinbetriebnahme.

Drittens. Wir brauchen die sofortige Abschaffung der CO₂-Bepreisung.

Viertens. Wir brauchen den Wiedereinstieg in die Kernkraft.

Fünftens. Wir brauchen eine revolutionäre Steuerreform mit einer einheitlichen Ertragsteuer von maximal 25 %.

Sechstens. Wie wir es bereits im Landtag beantragt haben, brauchen wir ein "Kimm Hoam"-Programm für echte Fachkräfte, die aus Deutschland und Bayern abgewandert sind.

(Beifall bei der AfD)

Die Mittel dafür sind vorhanden. Die Regierungen in Berlin und München müssen es nur wollen. Die deutsche Wirtschaft braucht endlich eine freiheitliche Kehrtwende. Die gibt es nur mit der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich habe noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Julian Preidl.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Sie haben den Wiedereinstieg in die Atomkraft als wirtschaftsfördernd bezeichnet. Wo wollen Sie denn die Atommüllendlager in Bayern hinstellen?

Oskar Lipp (AfD): Vielen Dank für Ihre Zwischenbemerkung. Es ist ganz leicht: Wenn Sie auf dem neuesten Stand wären, dann wüssten Sie, dass es bereits Dual-Fluid-Reaktoren gibt, die diesen Atommüll, auch in den neuen Kernkraftwerken, zu gewissen Teilen wiederverwerten können.

(Zurufe der Abgeordneten Barbara Fuchs (GRÜNE) und Martin Stümpfig (GRÜNE))

Das können Sie gerne googeln. Hierbei handelt es sich um eine Tatsache. – Andererseits kommt die Frage von Ihnen, von den FREIEN WÄHLERN. Sie sind sich hier im Plenum meist selber nicht ganz einig: Beim letzten Mal hat ein Kollege hier im Plenum gegen die Kernkraft argumentiert; davor war einmal jemand dafür. Da wurde er gleich vom Parlamentarischen Geschäftsführer hinausgezitiert, der leider jetzt gerade nicht anwesend ist.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Sie sollten sich in Ihrer Fraktion erst einmal darüber klar werden, was Sie wollen: Wollen Sie Kernkraft oder nicht? Vor einem Jahr stand das noch auf Ihrer Homepage. Ja, der Wiedereinstieg in die Kernkraft.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wo ist er denn, mein Kollege aus dem Wirtschaftsausschuss? – Er ist leider nicht da.

(Beifall bei der AfD – Gülseren Demirel (GRÜNE): Wie wollen Sie den Atommüll entsorgen?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Guten Morgen, liebe Mitglieder der SPD, nachdem Ihre Kollegen in Berlin selbst über drei Jahre regiert haben, nachdem Olaf Scholz vorher bereits vier Jahre das Amt des Finanzministers innehatte, sind Sie jetzt aufgewacht und wollen mit einem Dringlichkeitsantrag die Bayerische Staatsregierung auffordern, Wirtschaftsimpulse für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu geben. Sie fordern insbesondere

Steuerentlastungen. Guten Morgen an den Schlafwagenanteil der SPD im Bayerischen Landtag, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU)

Ja, wenn es nach mir geht: endlich, gerne. Aber ich frage mich auch: Warum haben Sie das denn nicht in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung einfach selber getan?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Warum brauchen Sie die Bayerische Staatsregierung, um das Ganze umzusetzen? – Die Antwort liegt nahe: weil Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin es gar nicht wollen, weil Ihnen der politische Gestaltungswille völlig abhandengekommen ist, weil Ihr Bundeskanzler vom Schlafwagen aus Deutschland regiert hat, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zielgerichtete und wirkungsvolle Steuerentlastungen für unsere Bürger sowie für unsere Unternehmen sind dringend notwendig; aber wer seinen Arbeitsplatz verliert, braucht keine Steuerentlastung mehr. Seit die SPD in der Ampelkoalition an erster Stelle Verantwortung trägt, gibt es circa 600.000 arbeitslose Menschen mehr in unserem Land, 600.000 Familien, denen eine auskömmliche Lebensgrundlage entzogen worden ist. Das sind 600.000 Familien, denen erst einmal keine Steuerentlastung hilft.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wie konnte das nur passieren? – Ja, die Rahmenbedingungen in Deutschland sind schlecht. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und eine dadurch bedingte hohe Inflation plagen unser Land.

(Arif Taşdelen (SPD): Ach, jetzt geben Sie es zu!)

Leider haben Sie selbst aber alles dazu beigetragen, dass sich die Situation dermaßen verschlechtert hat.

(Arif Taşdelen (SPD): Nee!)

Mit der Einführung des Bürgergelds ging der Anreiz zu arbeiten, vor allem im Niedriglohnbereich, völlig verloren.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Wir brauchen weniger Transferleistungen durch das Bürgergeld oder durch eine Kindergrundsicherung mit einer aufgeblähten Behörde. Arbeit muss sich wieder lohnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Wo ist Söder! Wie wäre es mit arbeiten?)

Um die Glaubwürdigkeit Ihres Antrags zu entkräften, muss ich Sie auch daran erinnern, dass die Bayerische Staatsregierung am 11. April 2024 einen Entschließungsantrag genau zu diesem Thema im Bundesrat vorgelegt hat, den Sie mit der Mehrheit der SPD und der GRÜNEN abgelehnt haben. Die CSU wollte eine sofortige Sachentscheidung zu konkreten Steuerentlastungen. Wir fordern die Reduzierung der Unternehmenssteuer auf 25 %, um wieder international wettbewerbsfähig zu sein. Wir fordern die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, und zwar für alle. Wir fordern steuerliche Anreize für die Leistung von Überstunden. Konkret fordern wir steuerfreie Überstunden für alle, die in Vollzeit arbeiten, und wir fordern die erhöhte Pendlerpauschale bereits ab dem ersten Kilometer.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir benötigen keinen Made-in-Germany-Bonus mit kurzfristigem Strohfeuer, sondern mehr Made-in-Germany durch nachhaltige Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Deshalb stehen wir für verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und nicht für kurzfristige Investitionsförderungen, die einfach mit der Gießkanne verteilt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Wir stehen für eine Absenkung der Stromkosten auf das europäische Mindestmaß.
Wir stehen für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie.

Die Forderung nach einem Deutschlandfonds finde ich übrigens auch schon fast makaber. Nach dem Sturm, mit dem die Ampelkoalition über unser Land gefegt ist,

(Heiterkeit des Abgeordneten Markus Saller (FREIE WÄHLER))

kommt der notwendige Wiederaufbau. Das war ein Sturm an unnötigen Gesetzen und Entscheidungen, wie zum Beispiel das Heizungsgesetz, die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke in der schwersten Energiekrise unseres Landes oder die Einführung des Bürgergelds. Ja, dieser Sturm ist über unser Land gefegt.

(Zuruf)

Wir brauchen einen Neuaufbau. – Ja, das stimmt: nach der Ampel-Regierung.

Wir in Bayern setzen seit Jahrzehnten die richtigen Akzente, zuletzt durch die High-tech Agenda, durch die erfolgreiche Förderung von Start-ups in unserem Land, durch die Spitzenforschung in der KI und durch die Stärkung unseres Wissenschaftsstandorts mit neuen Hochschulen und zusätzlichen Professuren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihr Zug ist abgefahren. Sie schaffen es auf den letzten Metern nicht mehr, vom Schlafwagen in den Schnellzug umzusteigen, so wie wir ihn in Bayern seit Jahrzehnten fahren.

(Widerspruch des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Wir brauchen in Bayern keine Belehrung, weder von der linken noch von der ganz rechten Seite. Ihre Anträge sind abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Oskar Lipp, AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Kollege von der CSU, erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen. Grundsätzlich haben Sie doch einiges Richtiges gesagt, und auch in der Vergangenheit haben Sie durchaus gute Anträge gestellt, die – ich sage einmal – die Wirtschaft, Unternehmen und Bürger entlasten. Sie haben gute Ideen vorgebracht; natürlich haben Sie das meiste von uns abgeschrieben. So ehrlich muss man sein.

(Lachen des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Ich frage mich tatsächlich nur: Wie wollen Sie das umsetzen? Ihr Kanzlerkandidat Herr Merz hat gesagt, mit der AfD werde es keine Zusammenarbeit geben. Dann bleibt nur Rot oder Grün oder Rot und Grün; eine Afghanistan- oder Kenia-Koalition stehen jetzt im Raum.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Wie wollen Sie Ihre Forderungen umsetzen?

(Martin Wagle (CSU): Mit Ihnen nicht!)

Oder ist das nur wieder allgemeines Dahergerede?

Patrick Grossmann (CSU): Jetzt kommen wir in die Parteipolitik, aber der Kollege wollte es ja nicht anders. Wir haben mit Friedrich Merz einen starken Kanzlerkandidaten, der die besten Zustimmungswerte im Bereich der Wirtschaft hat. Mit ihm werden wir genau diese Punkte umsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Kollegin Barbara Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Für die Wirtschaft braucht es gezielte Unterstützung; in dem Punkt sind wir uns tatsächlich auch alle einig.

Ich muss dem Kollegen Grossmann doch den einen oder anderen Zahn ziehen; denn ich möchte darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident Markus Söder das Thema Wirtschaft zur Chefsache gemacht hat. Es interessiert ihn nicht so arg.

(Michael Hofmann (CSU): Jedenfalls interessiert ihn der SPD-Antrag nicht so!)

– Aber man kann ja auch die guten Ideen anhören.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ja, die guten schon!)

Die CSU hat aber schon etwas mit dem aktuellen Standortrisiko unserer Wirtschaft zu tun; damit hat die CSU ganz viel zu tun.

Nur in Stichworten: Das Lieferkettengesetz ist 2021 auf Initiative Ihres wirklich geschätzten Kollegen Gerd Müller entstanden. Für den Atomausstieg war Herr Söder der Treiber; Ihr Ministerpräsident hat Herrn Seehofer in Berlin angetrieben, das Thema zu forcieren. Die jetzt so kritisierte Rente mit 63 ist ein Kompromiss zwischen der CSU und der SPD gewesen; die Mütterrente war das Ergebnis. Das Gebäudeenergiegesetz, das heute Heizungsgesetz heißt, ist 2020 entstanden. Damals wären die Heizungen noch verschrottet worden. Wir haben es geschafft, dass sie wenigstens auch noch repariert werden können. Über Fahrzeuge und CO₂-Neutralität habe ich hier schon oft etwas gesagt; das lasse ich jetzt einmal aus, sonst reicht mir die Zeit nicht.

Dass die Industrie 10 bis 15 Jahre lang verpasst hat, richtige Entscheidungen zu treffen, liegt auch daran, dass die politischen Leitplanken vor 10 bis 15 Jahren gefehlt

haben. Die Infrastruktur, zum Beispiel im Verkehrsbereich, ist darauf zurückzuführen, dass wir im Bund drei CSU-Verkehrsminister hatten. – Das ist die Ist-Situation.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Er hätte jedes Geld genommen, das er vom SPD-Finanzminister bekommen hätte!)

Wenn die CSU für ihren Teil der Situation Verantwortung übernimmt, können wir in Zukunft vielleicht wieder zusammenarbeiten. Das wäre auf jeden Fall mein Ziel, gerade im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik. Ich bin also der SPD für ihren Antrag sehr dankbar, weil uns das die Möglichkeit gibt, wieder darüber zu sprechen, was wir brauchen und was wir nicht brauchen. Wir müssen zum Beispiel auf gar keinen Fall ins fossile Industriemuseum zurückgehen, keinesfalls.

Wir brauchen Entlastungen für die Bürger:innen und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deswegen halten wir es für vollkommen richtig, niedrige Einkommen steuerlich zu entlasten. Wir müssen aber auch die Betriebe entlasten und unterstützen. Ob wir es jetzt Made-in-Germany-Bonus nennen oder Investitionsprämie, wir meinen das Gleiche. Wir müssen die Unternehmen dafür belohnen, wenn sie hier in unserem Land investieren – bitte aber an Standortpolitik geknüpft, damit wir hier Wertschöpfung und Arbeitsplätze haben. Da sind wir auch völlig dabei, und deswegen gehen wir da auch mit.

Dann gibt es natürlich das Thema Fachkräfte. Auch hier braucht es Unterstützung. Da sprechen wir von Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, von einfacheren Verfahren für die Fachkräfteeinwanderung, Anerkennung von Berufsabschlüssen und vor allen Dingen – das ist eines meiner Herzensthemen – von der Ausbildung. Wir müssen modernisieren, Geld reinstecken und unterstützen, damit die Berufsschulen und die berufsbildenden Ausbildungsstätten besser ausgestattet werden.

Über Bürokratie haben wir schon oft gesprochen. Zur Infrastruktur, zum Deutschlandfonds oder wie auch immer wir es nennen: Wir müssen Geld in die Hand nehmen. Un-

sere Infrastruktur – ich sage es nur noch einmal – ist nach drei CSU-Verkehrsministern recht marode. Auch die Schulen sind in einem schlechten Zustand.

Jeder und jede, der oder die schon einmal eine Bilanz in einer GmbH gemacht hat, weiß, dass Investitionen keine Schulden sind. Kaputte Gebäude, kaputte Straßen und kaputter Verkehr sind Schulden für die Zukunft. Also müssen wir zusammen Geld in die Hand nehmen und dürfen nicht dauernd alles schlechtreden.

(Michael Hofmann (CSU): Wir machen also Schulden, um Zinsen zu zahlen!)

Das muss einfach aufhören. Wir müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen; auch die CSU muss ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Ich sage nicht, dass in den letzten Jahren alles gut gelaufen ist, aber wir haben zum Beispiel den Ausbau von erneuerbaren Energien gemeinsam im Bund unglaublich schnell vorangebracht. Diesen Schwung, diese Kraft und diese Energie brauchen wir für alle Themen. Das geht nur zusammen, schon alleine, damit wir demokratischen Parteien zusammenstehen und diese Themen weiter nach vorne bringen. Das braucht unsere Gesellschaft, das braucht die Wirtschaft und der Standort Deutschland.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Oskar Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrte Kollegin, die Ausführungen waren für die GRÜNEN wie immer – ich sage einmal – mehr oder weniger wirtschaftsfeindlich; das würde ich einmal behaupten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Besser als eure!)

Meine Frage: Sie reden jetzt hier von Steuerentlastung. Ich frage mich: Wer war in den letzten Jahren Teil der Bundesregierung? – Tatsächlich die GRÜNEN, falls ihr es nicht vergessen habt. Ich frage mich aber auch – das ist jetzt leider wieder kurz vor der Wahl aufgeploppt, also "leider" für Sie tatsächlich –: 700 Milliarden Euro sollen von der EU in die Ukraine gehen. Deutschland finanziert das zu circa einem Drittel, mit

200 Milliarden Euro. Warum senken Sie hier in Deutschland nicht endlich einmal die Steuern, sondern treiben uns weiterhin in einen Krieg hinein, obwohl die USA aktuell bereits in Verhandlungen sind? Sie als Kriegspartei sollten sich wirklich schämen. Früher haben Sie noch "Keine Waffen in Kriegsgebiete" plakatiert, und jetzt machen Sie so eine Kehrtwende.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was hat das miteinander zu tun? – Toni Schubert)

(GRÜNE): Sie sind die Kriegspartei mit Putin!)

Barbara Fuchs (GRÜNE): Also, erst einmal müssen wir unterscheiden: Ich selbst komme tatsächlich aus der Friedensbewegung; in den Achtziger- und Neunzigerjahren war das eines meiner Herzensthemen. Da haben wir aber von einem kalten Krieg gesprochen; jetzt sprechen wir aber von einem heißen Krieg. Ich bin trotzdem ganz unglücklich über diese Situation. Wenn Sie aber Russland, die Machenschaften und Freiheiten in Russland so arg schätzen, dann steht es Ihnen frei, dorthin auszuwandern. Wir würden Sie nicht vermissen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Markus Saller.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD! – Sehr geehrter Herr Gießhammer, das ist Ihre Steuerreform? Wenn Sie das als Steuerreform bezeichnen, dann müssen Sie bei der nächsten Landtagswahl darum kämpfen, überhaupt noch über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hört, hört!)

Sie entlasten gerade nicht die Leistungsträger, sondern Sie wollen bei den Leistungsträgern den Spitzensteuersatz weiter erhöhen; das haben Sie gesagt. Sie wollen 5 % der Bevölkerung mehr belasten und 95 % entlasten. 7,4 % der Menschen zahlen im

Moment den Spitzensteuersatz; er geht bei 66.700 Euro Bruttoeinkommen los. Da reden wir nicht von irgendwelchen Millionären, sondern von einem Monatsgehalt von 5.600 Euro; dem nehmen Sie schon 2.334 Euro weg. Sie brauchen sich nicht darüber zu wundern, dass immer mehr Leistungsträger dieses Land verlassen, und Sie brauchen sich nicht darüber zu wundern, dass wir keine qualifizierten Leute bekommen, die hier bei uns in Deutschland arbeiten wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist keine Steuerreform. Da gab es schon bessere Vorschläge. Ich erinnere an Vorschläge wie zum Beispiel von Paul Kirchhoff.

Zu den anderen Sachen, Ihrem Made-in-Germany-Bonus und Ihrem Deutschlandfonds: Es bleibt zunächst einmal völlig unklar, woher Sie denn das Geld überhaupt nehmen wollen, um das zu finanzieren. Sie erzählen uns, Sie wollten den Förderdschungel durchbrechen, aber Sie sagen uns nicht, welche Förderungen Sie streichen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Sie wollen pauschal einmal 10 % für irgendwelche Ausrüstungsinvestitionen subventionieren. Haben Sie einmal gegengerechnet, wie viel Geld das eigentlich ist, das Sie da in die Hand nehmen müssen? In Ihrem Antrag fehlt dazu jeder Ansatz. Sollen denn die 100 Millionen Euro für den Deutschlandfonds vom Himmel fallen? Sie werden wohl auch etwas an Ihrem Umverteilungsstaat arbeiten müssen und schauen müssen, wo Sie denn diese Summe am Ende des Tages herausschneiden wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, was Sie hier vorschlagen, ist keynesianische Wirtschaftspolitik. So etwas kann man machen, wenn man auf der Nachfrageseite ein Problem hat. Wir haben aber kein Problem auf der Nachfrageseite. Wir haben in Deutschland – das ist bei Ihnen bis heute noch nicht angekommen – ein strukturelles Problem in der Wirtschaft. Wir haben ein strukturelles Problem, und dafür sind weitge-

hend Sie mitverantwortlich, vor allem aufgrund der Politik, die Sie in den letzten drei Jahren gemacht haben. Wir stehen vor dem Phänomen der Deindustrialisierung, die längst begonnen hat. Sie sind seit 1998, Sie sind 23 Jahre lang, nur unterbrochen durch eine vierjährige Pause, in Regierungsverantwortung.

(Anna Rasehorn (SPD): Im Gegensatz zu euch!)

Jetzt kommen Sie mit diesen Vorschlägen um die Ecke.

Meine Damen und Herren, was brauchen wir? – Wir müssen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wieder verbessern. Die Wirtschaft ist bereit zu investieren. Sie hält sich mit Investitionen aber zurück, weil es keinen Plan gibt, wie es in diesem Land eigentlich weitergehen soll. Was wir brauchen, ist eine echte Steuerreform. Wir brauchen niedrigere Energiepreise. Wir brauchen eine Erneuerung unserer Infrastruktur. Vor allen Dingen müssen wir bei der Entbürokratisierung, der Vereinfachung von Vorschriften und der Digitalisierung weiterkommen.

Ihr Vorschlag wird nicht zielführend sein und wird von uns abgelehnt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Saller, Sie haben sich anscheinend überhaupt nicht mit den Steuerreformkonzepten auseinandergesetzt. Das ist auch nicht verwunderlich, da die FREIEN WÄHLER nicht im Bundestag sind und auch in Zukunft nicht vertreten sein werden.

Das SPD-Konzept sieht Entlastungen von 30 Milliarden Euro vor, die sich durch Wachstum mehr oder weniger selbst finanzieren. Das sagen übereinstimmend alle Wirtschaftsforschungsinstitute.

Die Konzepte von CDU/CSU, FDP und AfD reißen Lücken von 100 Milliarden Euro und mehr, die nicht refinanzierbar sind. So viel dazu, dass Sie, diese Parteien mit Geld nicht umgehen können.

Sie sagen, man wisse nicht, wie der Deutschlandfonds finanziert wird. Er kann trotz der Schuldenbremse sehr wohl aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, um Infrastrukturinvestitionen zu tätigen.

Was mich aber viel mehr interessiert, nachdem unser Konzept beinhaltet, den Spitzensteuersatz erst ab 80.000 Euro wirken zu lassen: Wer sind denn für Sie die Leistungsträger? Sie sagen ja, Sie würden beim Spitzensteuersatz nicht mehr machen. Ich würde von Ihnen gerne die Definition hören, wer in Deutschland die Leistungsträger sind.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bitte.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege von Brunn, zunächst einmal glaube ich nicht so sehr an Ihre hellseherischen Fähigkeiten, was den Wahlausgang betrifft. Ich glaube, wir sollten das Votum dem Wähler an der Wahlurne überlassen; dazu brauchen wir nicht Sie mit Ihren Fähigkeiten.

Die andere Sache ist: Leistungsträger ist jeder, der in der Früh aufsteht und zur Arbeit geht, der etwas für dieses Land tut, natürlich sind das auch die Leute, die besonders gut ausgebildet sind – das sind die Leute, die dieses Land voranbringen –, Leute, die in Führungspositionen Verantwortung übernehmen. Natürlich gehört dazu aber auch eine Krankenschwester, jemand von der Müllabfuhr oder sonst irgendjemand. Das ist nicht das Thema.

Diese Leute aber noch weiter zu besteuern und Ihnen fast die Hälfte des Einkommens wegzunehmen, stellt keinen Anreiz dar. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Martin Schöffel um das Wort gebeten.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Bundestagswahl versuchen die Roten und die Grünen hier im Haus, noch einmal ihre wirtschafts- und steuerpolitische Kompetenz darzulegen. Das ist ein letzter verzweifelter Versuch. Kollegin Fuchs hat fast eine Charmeoﬀensive nach dem Motto gestartet: Jeder hat doch Fehler gemacht; wollen wir nicht doch wieder in Berlin zusammenarbeiten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie von den GRÜNEN haben den Bundeswirtschaftsminister gestellt. Er ist für das Heizungsgesetz und dafür verantwortlich, dass die gesamte Heiztechnikbranche und die gesamte Baubranche schwer unter Druck geraten sind. Sie von den GRÜNEN haben sich auf europäischer Ebene massiv für ein Verbot des Verbrennermotors eingesetzt und gleichzeitig die Käufer von E-Autos mit der kurzfristigen Abschaffung der E-Auto-Prämie böse im Regen stehen lassen. Sie haben Gastronomen und Landwirte steuerlich zusätzlich belastet. Sie haben den Atomausstieg aus ideologischen Gründen nur um wenige Monate verschoben. Sie haben die Laufzeitverlängerung, die dringend notwendig gewesen wäre, aus ideologischen Gründen verhindert.

Liebe Frau Kollegin Fuchs, richten Sie dem Kollegen Habeck aus: Wir wollen nicht mit ihm zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Er ist derjenige, der die aktuelle wirtschaftspolitische Situation in unserem Land zu verantworten hat.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Es ist interessant, dass wir uns heute hier mit dem, was jetzt auch der Bundeskanzler in verschiedenen Duellen dargestellt hat und was der Mittelständler Holger Gießham-

mer aufgegriffen hat, nämlich mit dem steuerpolitischen Konzept genauer auseinanderzusetzen können.

Ein Vorschlag lautet, 95 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten und dafür 5 % stärker zu belasten, um dies gegenzufinanzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir angesehen, wo denn das Einkommen der obersten 5 % beginnt. Bei Alleinstehenden und Verheirateten beginnt dies bei knapp über 140.000 Euro Einkünften. Das bedeutet für Verheiratete, die beide arbeiten, Einkommen im fünfstelligen Bereich. Lieber Kollege Gießhammer, dazu kann ich nur sagen: Das betrifft vor allem bei Personenunternehmen die Inhaber, die Handwerker, die Mittelständler. Diese werden von der absehbar massiven Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Steuersätze im oberen Bereich betroffen sein. Die Mittelständler sind es doch, die bei Personenunternehmen am Ende die Gewinne mit ihrem persönlichen Einkommensteuersatz zu versteuern haben.

Dies wird in einer Zeit vorgeschlagen, in der wir in einer echten Krise stecken, in der sich viele überlegen, ob sie den Betrieb in die Zukunft führen können, in der wenig investiert wird. Das ist doch ein völlig falscher Ansatz. Der Bundeskanzler stellt immer dar, es gehe nur um DAX-Manager, die 3 Millionen Euro verdienen. So ist es eben nicht bei den obersten 5 % aller Steuerpflichtigen.

Richtig ist, dass es auch Leistungsträger gibt, die deutlich weniger verdienen – das stellen wir gar nicht in Abrede. Es ist aber völlig falsch, Mittelständler und Führungskräfte in Wirtschaft und Handwerk sowie Selbstständige jetzt massiv stärker zu belasten. Wollen Sie einen Spitzensteuersatz von 60 %, um gegenzufinanzieren zu können? Das ist der völlig falsche Ansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade die Mittelständler und Handwerker sind jetzt auf Entlastungen angewiesen. Sie sind es nämlich, die investieren müssen und die jetzt auch dafür sorgen müssen, dass wir in Deutschland wieder mehr Wachstum bekommen.

Das SPD-Wahlprogramm sieht eine Orgie von Steuererhöhungen vor. Sie wollen den Solidaritätszuschlag mindestens im bisherigen Umfang erhalten. Sie wollen eine Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer bei der Übertragung von Betriebsvermögen. Sie wollen eine Vermögensteuer, eine Milliardärsteuer, eine Erhöhung der Kapitalertragsteuer und eine neue Finanztransaktionsteuer. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so können wir doch jetzt keinen Aufbruch, kein Wirtschaftswachstum organisieren. Da hilft auch der entsprechende Made-in-Germany-Bonus relativ wenig.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das, was Sie vorschlagen, müssen Sie gegenfinanzieren!)

– Wir unterhalten uns schon noch über die Dinge, die jetzt zu tun sind.

Ich will aber auf Folgendes hinweisen, weil das bei der SPD nicht verstanden wird und weil mir das ganz wichtig ist.

Erste These. Eine ständige Erhöhung der Steuersätze führt nicht zu dauerhaft höheren Steuereinnahmen. Das ist etwas, was Sie nicht verstehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite These. Den Bürgern und Unternehmern erst Geld durch Steuererhöhungen aus der Tasche zu ziehen und es ihnen dann wieder mit irgendwelchen Umverteilungsmechanismen – Stichwort: Made-in-Germany-Bonus – zurückzugeben, wird jedenfalls nach unserer Auffassung nicht zu der erhofften Ankurbelung der Wirtschaft führen.

Deswegen müssen wir uns über diese Dinge noch einmal ganz genau unterhalten sowie darüber, wie wir weiter vorankommen. Was wir jetzt brauchen, ist eine Kehrtwende in der deutschen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Wir müssen die Rahmenbedingungen wieder verbessern. Wir brauchen Vertrauen. Wir brauchen Verlässlichkeit. Wir brauchen mehr Freiheit und Sicherheit für betriebliche Investitionen und für den Mittelstand. Wir haben eine gewaltige Kapitalflucht aus unserem Land. Deutsche Unterneh-

men investieren 75 Milliarden Euro im Ausland, aber ausländische Unternehmen nur 22 Milliarden Euro in Deutschland. Das ist die Bilanz dieser Bundesregierung aus Roten und Grünen, die dieses Missverhältnis selbst zu verantworten hat.

Wir brauchen jetzt ein ernsthaftes Bemühen um einen sicheren Wirtschaftsstandort und um langfristige, nachhaltige und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Mittelstand. Die Ampel hat das Vertrauen verspielt. Ich habe es eingangs gesagt. Nach unserer Auffassung sind niedrigere Steuersätze für alle ein echtes Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort. Ich glaube nicht, dass sich am Ende Mittelständler auf Aussagen in Richtung eines Bonussystems verlassen. Herr Kollege Grießhammer, Sie wissen auch, dass es der falsche Ansatz ist, Mittelständlern zu sagen: Wir machen zwar massive Steuererhöhungen, aber ihr bekommt dann einen Made-in-Germany-Bonus zurück. Lieber Thomas Pirner, Sie wissen als Handwerkskammerpräsident, dass dies der falsche Ansatz ist. Wir brauchen für diesen Wirtschaftsstandort ein klares Konzept, das lautet: niedrigere Steuern auf Dauer, sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung, einen flexibleren Arbeitsmarkt, weniger Bürokratie. Das müssen wir jetzt glaubhaft angehen. Ich fordere Sie daher jetzt alle dazu auf, daran entsprechend mitzuwirken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Kollege Patrick Grossmann hat auf viele steuerpolitische Initiativen, die wichtig sind, hingewiesen, etwa die Senkung der Unternehmensteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 %. Wir vergessen auch die Personenunternehmen nicht. Wir brauchen eine attraktivere und einfachere Ausgestaltung der Besteuerung von Gewinnen, die im Unternehmen bleiben; Stichwort Thesaurierung. Wir brauchen auskömmliche Freibeträge bei der Erbschaftsteuer für das Elternhaus, ohne in diesem Bereich Familienunternehmen zu gefährden, und Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie. Wir brauchen ferner die Abschaffung des Soli für alle, eine dauerhafte Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, steuerliche Anreize für die Leistung von

Überstunden und Mehrarbeit, die Senkung der Stromsteuer für alle auf das europarechtliche Mindestmaß. Das sind wichtige Ansätze für den Wirtschaftsstandort. Darüber hinaus brauchen wir – da werden wir uns am ehesten verständigen – eine Entlastung der Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen, Thema "Mittelstandsbauch in der Steuerprogressionskurve".

Wir brauchen eine Erhöhung der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz. Das will ich hier nochmals deutlich sagen; denn wir steigen aktuell mit 68.000 Euro in den Spitzensteuersatz ein, wie es der Herr Kollege schon dargestellt hat. Diese Grenze muss nach oben geschoben werden. Da reden wir nicht über Millionäre, nicht über Milliardäre, sondern über Leistungsträger wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Handwerker, die das verdienen und daraus auch ihre Altersversorgung bestreiten müssen. Wenn es nach uns geht, soll dieser Personenkreis deutlich weniger zur Kasse gebeten werden. Wichtig ist außerdem der sogenannte Tarif auf Rädern, also eine dauerhafte Beseitigung bzw. Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer an die Inflation und damit ein Ausgleich für die sogenannte kalte Progression. Dann würden wir uns darüber vielfältige Diskussionen ersparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung hat diese Konzepte in Berlin immer wieder eingebracht. Sie sind die besseren Konzepte für mehr Wachstum und Investitionen. Die SPD hätte diese Konzepte in Berlin schon längst aufgreifen und ihnen zustimmen können.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag deswegen ab.

Ich habe jetzt einige steuerpolitische Vorschläge gebracht. Eines will ich Ihnen aber auch noch sagen: Wenn Sie mit dem Haushalt große Schwierigkeiten haben, rate ich, Positionen wie das Bürgergeld mit über 50 Milliarden und den Haushalt der Entwicklungshilfeministerin anzuschauen und dafür zu sorgen, dass wir wieder mehr Wachstum haben. Es wäre mir viel lieber, wir würden nicht nur über Steuer- und Schuldener-

höhungen reden, sondern über mehr Wachstum in diesem Land; denn das ist es doch, was uns dauerhaft wesentlich mehr hilft.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ein letzter Hinweis: Wenn Sie ständig von neuen Schulden reden, müssen Sie auch wissen, dass neue Schulden zusätzliche Zinszahlungen erfordern. Ich darf Sie, wenn Sie von Seriosität reden, an den letzten Entwurf des Bundeshaushalts erinnern, den noch Herr Lindner vorgelegt hat und den Sie miteinander zu verantworten haben. Dort ist eine Neuverschuldung von 51 Milliarden Euro und eine Zinszahlung von 37 Milliarden vorgesehen. Wenn Sie die Schulden weiter erhöhen wollen, werden Sie auch die Zinszahlungen weiter erhöhen. Letztlich wird klar sein: Wenn ich am Ende jedes Jahr neue Schulden machen muss, um die Zinsen zu bezahlen, dann wird es auf Dauer schwierig werden. Das ist der falsche Ansatz.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zum Antrag der AfD kann ich nur sagen: Steuerpolitisch ist vielleicht vieles von uns abgeschrieben. Aber vieles können wir auf keinen Fall mittragen. Wir brauchen bei der Erbschaftsteuer vernünftige Freibeträge. Darauf habe ich eben hingewiesen. Eines ist aber auch klar: AfD und eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes schließen sich per se aus; denn wer den europäischen Binnenmarkt bekämpfen will und die Politik nicht mit Paris, Rom oder Brüssel, sondern mit Moskau abstimmen möchte, ist von Haus aus kein deutscher Patriot, sondern der Totengräber unseres Wirtschaftsstandortes.

(Beifall bei der CSU)

Diesen Antrag lehnen wir ab.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst vom Kollegen Andreas Birzele.

Andreas Birzele (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben kritisiert, wir hätten die Gastronomen zu stark belastet. Nachdem die Umsatzsteuer von 7 % wieder auf früheren Satz von 19 % zurückgegangen ist, hat die Bayerische Staatsregierung 300 Millionen Euro Mehreinnahmen gehabt. Sie wären glaubwürdig, wenn Sie jetzt die Mehrwertsteuer an die Gastronomie zurückgäben. Aber leichter ist es natürlich, nach Berlin zu zeigen, als das zu tun, was man selbst in der Hand hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege, ich kann nur wieder darauf hinweisen: Den Leuten erst das Geld durch Steuererhöhungen aus der Tasche zu ziehen und dann hinterher wieder neu zu verteilen, das ist der völlig falsche Ansatz. In diesem Bereich zeigt sich, dass es der Branche schwer geschadet hat.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir werden – das kann ich Ihnen jetzt noch sagen – diese Mehrwertsteuererhöhung wieder rückgängig machen. Dann bleibt das Geld bei den Gastronomen, damit diese wettbewerbsfähig sind und investieren. Sie haben diese Steuererhöhung gemacht und haben es zu verantworten, dass viele Gaststätten seitdem nicht mehr geöffnet haben. Das ist die Wahrheit.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Oskar Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, erst einmal vielen Dank für Ihre interessanten Ausführungen. Vieles davon ist von unserem Parteiprogramm abgekupfert worden, nicht andersherum.

(Zurufe von der CSU)

– Ja, Sie merken jetzt auch, dass Ihnen mehr oder weniger – –

(Unruhe)

– Kann ich noch reden? Sie haben jetzt auch gemerkt, dass Ihnen die Felle davonschwimmen. Man sieht es: Jetzt haben wir bundesweit über 20 %. Jeder fünfte Wähler da draußen wählt uns. Viele geben sich natürlich nicht zu erkennen. Das ist auch klar. Wahrscheinlich sitzt der eine oder andere auch hier unter den Zuschauern. Was ich aber sagen möchte: Sie haben von uns abgeschrieben. Wir sind für den Binnenmarkt; wir sind für Deutschland. Wir haben zu beiden Seiten, zu den USA und zu Russland, gute Beziehungen.

(Zurufe von der CSU)

Wir wollen eine Reform der EU. Das wissen Sie. Sie brauchen das hier nicht zu verfälschen. Ich frage mich nur, mit wem Sie Ihre guten Forderungen umsetzen wollen. Mit Rot, Grün oder doch vielleicht Violett?

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Kollege Lipp, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie es jetzt noch einmal bestätigt haben. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Wer die Europäische Union, den europäischen Binnenmarkt, den Euro infrage stellt und sagt, wir pflegen gute Beziehungen nach Moskau – das haben Sie gerade getan –, und wer Ausländerfeindlichkeit offen vor sich herträgt, der schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland, wie es schlimmer nicht geht. Wenn es nach Ihnen geht, macht sich Deutschland zum Spielball der Großmächte. Sie leisten für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts mit diesem Konzept null Komma null Beitrag. Wir hatten in Bayern schon einen erfolgreichen Mittelstand und eine starke Wirtschafts- und Finanzpolitik, da hat es Sie noch gar nicht gegeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5001: Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/5024 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist das restliche Hohe Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.